

Vorlage-Nr.: **1974-2022/DaDi**  
 Aktenzeichen:  
 Fachbereich: **Fraktionslose im Kreistag Darmstadt-Dieburg**  
 Bischoff, Werner  
 Beteiligungen:  
 Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Resolution - Schaden von den Bürgern abwenden – Kriege, Waffenlieferungen, Sanktionen, Drohnenmorden an unschuldigen Menschen, Eskalation des Krieges sofort beenden – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Krieg gegen Russland
  - Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert keine Waffenlieferungen an die Ukraine noch in andere Länder vorzunehmen.
  - Ernsthaftes diplomatisches Engagement für eine Deeskalation – unilaterale Verhandlungen sowie der EU und der NATO sind aufzunehmen.
  - Keine Beteiligung an Sanktionen und Wirtschaftsblockaden – Ausstieg aus dem Wirtschaftskrieg gegen Russland.
  - Keine Stationierung von US Mittelstreckenwaffen in Europa
  - Rückzug der Bundeswehr aus Osteuropa
  - Statt horrender Summen für Waffen- und Militär mehr Geld für die Themenfelder Gesundheit – und ein solidarisches Sozialsystem – bezahlbare Mieten – bessere Unterstützung für Grundsicherungsbezieher ,eine merkliche Verbesserung der Klimapolitik etc. im Landkreis Darmstadt Dieburg umzusetzen.
2. Krieg des NATO - Landes Türkei im Nordirak und Nordsyrien gegen kurdische Bürger
  - Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert keine deutschen Waffenlieferungen an das NATO - land Türkei.
  - Ebenso Schluss mit Erdogans Kriegen gegen Irak und Syrien
  - Der Bundestag darf dem Kriegstreiber Erdogan gegen die Kurden nicht tatenlos zuschauen.
  - Der Landkreis Darmstadt Dieburg spricht seine Solidarität mit den im Landkreis wohnenden Kurden/innen gegen die türkischen Angriffe aus, die seit dem 18. April 2022 auf von Kurden/innen bewohnten Gebieten im Nordirak und Nordsyrien(Rojava) geführt werden.Stoppt die türkischen Angriffe gegen Irak und Syrien-das muss die Aussage des Kreistages an den Landtag, Bundestag , Bundesrat mit dieser Resolution sein.
3. Der Kreistag Darmstadt Dieburg spricht seinen Protest gegen die völkerrechtswidrigen

weltweiten Drohnenangriffe – gesteuert von Amerika aus Ramstein aus. Diese Drohnenangriffe dürfen vom deutschem Boden nicht gelenkt werden. Der Kreistag Darmstadt Dieburg spricht sich solidarisch gegen Morde gegen tausende Unschuldige aus, wie dies im Panoramabericht am 11.08. deutlich veröffentlicht wurde. Jeder Mensch hat ein recht auf eine Verhandlung und eine Verteidigung. Niemand darf ohne ein Urteil von Drohnen Amerikas umgebracht werden

4. Der Kreistag hält angesichts der drohenden atomaren Eskalation diese Resolution für zwingend nötig und eine diplomatische Offensive erforderlich.

## Begründung:

1. Der Krieg von Russland gegen die Ukraine und der des NATO- Landes Türkei im Nordirak und Nordsyrien, die völkerrechtswidrige Drohnenkriege Amerikas – ausgehend von Ramstein haben unterschiedliche Vorgeschichten und Auswirkungen. So hat der Krieg gegen Russland einen tiefen Grund in der Osterweiterung der NATO seit 1990. Die NATO ist von 16 (1990) auf 30 (2020) Staaten Richtung Russland gewachsen. Dazu kommt der Maidan Aufstand 2014. Die Ukraine wurde vom Westen bewaffnet und zu einem NATO Brückenkopf gegen Russland hochgerüstet. Die Ukraine mit ihren westlichen Waffenlieferungen wird seitdem als Bedrohung von Russland gesehen.
2. Der Krieg des NATO Landes Türkei im Nordirak und Nordsyrien gegen Kurden vertreibt die kurdischen Bürgern mit deutschen Waffen aus ihren Kantonen Afrin und Kobane. Dies ist völkerrechtswidrig zu verurteilen
3. Die von Bündnis 90 Die Grünen als Bundespartei in Opposition stets kritisierten völkerrechtswidrige Morde gegen die Zivilbevölkerung und gegen von der NATO bestimmte ISS Kämpfer- Feinde der Demokratie - müssen unterbleiben. Kein Mensch darf ohne Verhandlung und mit seiner Rechtfertigung durch Drohnenangriffe der USA ermordet werden – organisiert aus Ramstein . In Afghanistan wurden so hunderte unschuldiger Menschen ermordet. Es gilt in einem zivilisierten Staat wie Deutschland, dass Morde mit US Drohnen von der Militärbasis der NATO aus Ramstein zu verbieten sind. Es entsteht so der Eindruck Deutschlands wird zu Bidens fünfter Kolonne. Die globale Schaltzentrale Ramstein ist zu schließen. Kritik muss zu mindestens vom Kreistag Darmstadt Dieburg ausgesprochen werden – unabhängig von den evtl. diplomatischen Folgen mit den USA.
4. All diese Kriege gegen unschuldige Menschen haben eines gemeinsam. Sie sind mitverantwortlich für eine rasante Steigerung der Inflation , Energieboykotten und „frieren für die Freiheit.“ Sie sind verantwortlich für völkerrechtswidrige Kriege der Nato. Mitten unter uns ! Eine 100 Milliarden Euro Aufrüstung konnte aus dem Boden gestampft werden. Den Bürgern des Landkreises Darmstadt Dieburg wird gesagt „wir müssen den Gürtel enger schnallen.“Energiekrise,Lieferprobleme,Nahrungsmittelkrise und extreme Teuerungen sollen von den Kreisbürgern getragen werden.Die Lebenseinkünfte der Massen der Kreisbürger ist von einem direkten Niedergang betroffen.Doch es trifft nicht alle gleich. Wer im Landkreis in den B – Gruppen besoldet ist, wird diese Krise kaum treffen.Die Mehrheit der Kreisbürger trifft dies sehr hart.. „Diesen Tatsachen kann der Kreistag Darmstadt Dieburg - evtl. mit dem Verweis „man sei dafür nicht zuständig- nicht ablehnen. Diese Resolution ist den Bundestagsabgeordneten zu übermitteln, um nicht der weiteren Verarmung im Landkreis Da/Di tatenlos zuzusehen.Als Oppositionspartei im Bundestag gehörte Bündnis 90 Die Grünen zu den vehementesten Gegnern von Drohnenangriffe aus Ramstein. Diese Resolution ist das Mindeste was dieser Kreistag für seine 300 000 Bürger/innen als Protest an den Landtag - Bundestag und Bundesrat gegen den Status Quo äußern sollte.

Krieg darf niemals ein Mittel der Politik sein, zumal diese Kriege nicht nur im Landkreis Darmstadt Dieburg die Armut wachsen lassen und Auswirkungen auf großer Teile der Bevölkerung durch Inflation, Energiearmut und das Miteinander der Bürger im Landkreis Darmstadt Dieburg haben. Die Aussagen der Politik „ die fetten Jahre seien vorbei, Lohnzurückhaltung werden erwartet – darf von dem Kreistag Darmstadt Dieburg nicht kritiklos hingenommen werden. Drohnenangriffe sind von deutschem Boden aus zu verbieten. Es ist völkerrechtswidrig Menschen ohne Verfahren, ohne Urteil ferngesteuert aus Ramstein zu ermorden. Daher ist diese Resolution angesichts der weiteren massiv atomaren Bedrohung richtig und wichtig.Sie entspricht dem mehrheitlichen Willen und Wunsch der meisten 300 000 Bürger/innen des Landkreises Darmstadt Dieburg und muss dem Landtag - Bundestag und Bundesrat mitgeteilt werden. Daher bitte ich um Unterstützung dieser Resolution.